



Mehr auf [www.jdjl.de](http://www.jdjl.de)

**SCHWERPUNKT, S. 2-5**

Bildungspolitik: Schule,  
Hochschule, Ausgrenzung

**WIRTSCHAFT & SOZIALES, S. 11-13**

Interview mit Rita Olivia Tambunan,  
Moderne Gewerkschaftspolitik

**KULTUR, S. 14-15**

Gefahren und Möglichkeiten bei  
Facebook, Buchempfehlungen



# tendenz

NUMMER 01-10  
SOMMER 2010

SONDERNUMMER  
BILDUNG & CAMP

Zeitung der JungdemokratInnen/Junge Linke | A7408F-JD/JL, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin



Datenschutz in der Schule

# Du bist Schulschwänzer!

**Zentrale SchülerInnendatei, SchülerIn-ID, SchülerInnenkartei, Schülerregister oder Schülerinnendatenbank – viele Namen für ein und die selbe Sache: Die Schaffung der gläsernen Schülerin/des gläsernen Schülers als Teil der Ausweitung des Überwachungsstaates. Von Alina Brehm**

Auf der Kultusministerkonferenz (KMK) 2006 wurde beschlossen, eine zentrale Datenbank über Schülerinnen und Schüler einzuführen. Enthalten soll diese u.a. Name, Adresse, Herkunftssprache, Informationen über die Inanspruchnahme von staatlichen Hilfsgeldern, unentschuldigte Fehlstunden, Noten und sonstige Auffälligkeiten. Jeder Schüler und jede Schülerin erhält eine Identifikationsnummer – die sogenannte SchülerIn-ID. Die Polizei begrüßte dieses Projekt sofort, denn zukünftig sollen ihr, wie auch dem Jugendamt und einigen anderen Institutionen, diese Datenbanken zum Abgleich zur Verfügung stehen. Dann kann die Polizei demnächst spontan überprüfen, ob jemand zur Tatzeit auch im Mathe-Unterricht saß oder ein auffälliges Sozialverhalten an den Tag legt.

So erhärtet sich der Verdacht, dass hier noch mehr dahinter steckt, als die offizielle Begründung verlauten lässt. Demnach gehe es lediglich um die bessere statistische Erfassung von Daten im Allgemeinen, um z. B. die Verteilung von Lehrerstellen an Schulen zu verbessern. Momentan seien viele SchülerInnen an mehreren Schulen gleichzeitig angemeldet. und Dadurch gäbe es eine ungleiche Verteilung der LehrerInnen an den Schulen - an einigen zu viel und anderen zu wenig. Es ist fraglich, ob dafür personenbezogene Daten sowie etliche andere persönliche Informationen zentral gespeichert werden müssen und nicht eine anonymisierte Statistik ausreicht.

Die Sicherheit der Daten ist jedenfalls nicht ausreichend gewährleistet. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass der Kreis derer, die auf die Daten zurückgreifen können ausgeweitet wird und so z. B. Universitäten eine dementsprechende Selektion betreiben könnten.

## Eine, 16 oder 3 ...

Eine bundeseinheitliche Regelung für die zentrale SchülerInnendatei gibt es momentan nicht. Die KMK teilte auf Anfrage der Landesschülervertretung Hessen mit, dass sie im November 2009 einen Bericht über die Umsetzung in den einzelnen Bundesländern erhielt. Einige haben die Grundsatzentscheidung über die SchülerInnenkartei noch nicht getroffen. Daraufhin wurden die Bundesländern noch einmal von der KMK zur Umsetzung des Beschlusses aufgefordert. Berlin hat zum Schuljahr 2009/2010 an einigen Versuchsschulen eine – von der Beschlusslage der KMK abweichende – Regelung eingeführt. In Bayern wurde am 19. Mai 2010 gesetzlich der Weg für die SchülerInnenendatenbank frei gemacht. Die bayerische Landeselternvertretung will dagegen mit einer Verfassungsklage oder einem Volksbegehren vorgehen. Hessen ist seit dem Schuljahr 06/07 durch die sogenannte Lehrer- und Schülerdatenbank (LUSD) in das landesweite Schulverwaltungsnetz eingebunden. In Nordrhein-Westfalen wurde das Projekt wegen des Widerstands der Landesdatenschutzbehörde ausgesetzt. Nie-

dersachsen lehnte ein solches Vorhaben von vornherein ab. Die unterschiedlichen Entwicklungsstände führen glücklicherweise zu einer Verzögerung und Erschwerung des gesamten Vorhabens. Informationen darüber, wie genau die aktuelle Planung in den speziellen Bundesländern aussieht, durften nicht herausgegeben werden. Mitte 2011 soll die nächste Umfrage zum Umsetzungsstand stattfinden.

## ... gegen die Kartei

Das einzige Rechtsmittel, um gegen die zentralen Karteien vorzugehen, ist eine Verfassungsklage, die sich auf das Recht der informationellen Selbstbestimmung stützt. Dieses leitet sich u. a. aus der EU-Menschenrechtskonvention ab: „Jedermann hat Anspruch auf Achtung seines Privat- und Familienlebens, seiner Wohnung und seines Briefverkehrs.“ [EMRK Art. 8 (1)]

Die Möglichkeit Widerstand durch falsche Angaben zu leisten, besteht leider nicht, da einerseits über einige Daten Auskunftspflicht gegenüber der Schule besteht - etwa, Geburtsdatum, Adresse etc. und andererseits Daten durch die Schule erstellt werden z.B. Noten, Verhaltensbemerkungen, Fehlzeiten etc. Alternativ besteht die Möglichkeit eine Petition an deinen Landtag zu richten um politischen Widerstand zu mobilisieren. Unterstützung findest du dabei bei deiner Landesschülervertretung sowie bereits bestehenden Bündnissen gegen die SchülerInnenkartei. ■

Alina Brehm ist im Landesvorstand der LSV Hessen.

## Debatte

# Ist es sinnvoll, für linke Gruppen in den AStA zu gehen?

Einige von uns sind an ihrer Uni oder Hochschule politisch aktiv, in Hochschulgruppen oder Fachschaftsinitiativen organisiert und versuchen im Studierendenparlament (StuPa) ihre Positionen einzubringen. Dort wird auch über die Mittel und Ressourcen der Studierendenschaft entschieden, nicht zuletzt durch die Wahlen des Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) und der Bestimmung weiterer inhaltlicher Verantwortlichen (Referent\_innen).

Unsere Debatte dreht sich diesmal um die Frage: Ist es sinnvoll für linke (parteiunabhängige) Gruppe in den AStA zu gehen? - vor allem unter der Bedingung, dass dies nur zusammen mit andern Gruppen möglich ist um überhaupt bei der Wahl im StuPa eine Mehrheit zu haben.

## Kontra

## Our Work is never over!

Linke Gruppen im AStA sind eine zuverlässige Geldquelle für linke Projekte und auch von der Infrastruktur profitiert mensch gern. Was aber ist die Kehrseite dieser glänzenden Medaille?

Vor der Arbeit im AStA steht zunächst mal jede Menge Koalitionsarbeit – zumindest in solchen Hochschulen, an denen jedes Jahr aufs Neue Koalitionspartner\_innen gefunden werden müssen und die linke Mehrheit nicht schon vor der Wahl gesichert ist. Im AStA angekommen, sind die unzähligen Verwaltungsabläufe, wie Berichte gegenüber dem Studierendenparlament abzuliefern, enorm zeitfressend. Gerade die Bürokratie kostet enorm viel Zeit und vor allem Energie, die an anderen Enden fehlen.

AStA-Arbeit ist in den meisten Fällen für eine sehr kurze Zeitspanne ausgelegt und aus diesem Grund ergebnisorientiert. Geplant wird immer nur bis zur nächsten Wahl. Auf Handlungen, die bei potentiellen Wähler\_innen der Koalitionsbeteiligten für Unmut sorgen könnten oder Veranstaltungen, die kritische Themen behandeln, wird deshalb lieber mal verzichtet. Hinzu kommt, dass allen ASten in der Bundesrepublik per Gesetz verboten ist, sich allgemeinpolitisch zu äußern. Das heißt, sie dürfen sich nur zu hochschulpolitischen Themen positionieren. Nun ist die Hochschule jedoch Teil der Gesellschaft und linke Politik machen bedeutet vor allem auch die eigene Position in eine allgemeine Gesellschaftskritik einzubetten. Vor allem die Berliner ASten werden aufgrund dieses Verbots regelmäßig verklagt. Der letzte Funke Hoffnung auf kritische AStA-Arbeit wird einem nicht zuletzt von dem karriereorientierten, realpolitischen Parteien Nachwuchs und den sich mit ihm ergebenden nervigen Diskussionen geraubt. Denn schließlich zählt bei aller Verführung des Geldes doch immer noch die Idee und die Diskussion mehr als eine gute Ausstattung. Ein Jahr mehr oder weniger im AStA fällt da nicht ins Gewicht. Und schließlich wusste schon Stuart Hall: Eine institutionalisierte Idee ist eine tote Idee. Bleiben wir doch lieber lebendig! ■

Steffen Bennewitz ist aktiv in der Hochschulgruppe Demokratische Linke an der Uni Frankfurt/Main und in der Fachschaft Erziehungswissenschaften.

## Pro

## Nur ein linker AStA ist ein linker AStA

Linke parteiunabhängig Hochschulgruppen oder Fachschaftsinitiativen werden wohl nie alleine den AStA stellen, sondern gelegentlich die Option haben mit parteiverbunden Hochschulgruppen (JuSo, Grünen, SDS) Koalitionen einzugehen. Die Zusammenarbeit mag inhaltliche Abstriche an den eigenen Positionen und Ansprüchen erzwingen, aber die Beteiligung am AStA-Vorstand und den inhaltlichen Referaten bietet Möglichkeiten, dass aus dem AStA heraus linke Politik gemacht wird.

Freie emanzipatorische Bildung, Gebührenfreies Studium, demokratische Mitbestimmungsstrukturen: All das kommt nicht von alleine, sondern dafür muss erkämpft werden – auch in „den Institutionen“. Ein linker AStA kann diesen studentischen Interessen in der Hochschulöffentlichkeit und gegenüber dem Präsidium Gehör verschaffen.

ASten haben finanzielle Mittel, machen Veranstaltungen und erreichen eine (studentische) Öffentlichkeit; es ist wichtige diese mit politischen Inhalten zu füllen und für Studierenden nicht nur die rituelle Semesterparty zu veranstalten, sondern Bildungs- und Diskussionsangebote zu schaffen.

Nur in einer linken Koalition schaut der AStA über den eigenen politischen Tellerrand hinaus und verortet die Uni im gesellschaftlichen Kontext. Nicht nur bildungspolitische sondern auch andere Themen und Projekte rücken so in den Fokus der Studierendenschaft und man kann dem schon so lange geforderten allgemeinpolitischen Mandat Wirkung verleihen.

Bildungsprotest und andere politische Initiativen, die über Anliegen einzelner Hochschulgruppen hinausgehen, werden nur von linken ASten unterstützt. Immer wieder hat sich gezeigt, dass rechte und „mittige“ Koalitionen Ressourcen und Strukturen wichtigen studentischen Anliegen verweigern. Damit fehlt es den Protesten nicht nur an Materialien und Räumlichkeiten, sondern auch ein Großteil der Studierenden wird nicht erreicht und mobilisiert.

Gerade in Fragen künftiger Bildungspolitik kommt es darauf an einen guten Zugang zu Informationen über anstehende Einschnitte und Veränderungen zu haben und der ist innerhalb des AStAs deutlich besser. Wer nur daneben steht, dessen Protest läuft schnell Gefahr zu spät zu kommen. ■

Dana Lüddemann ist aktiv in der Demokratischen Linken an der Uni Frankfurt und in der dortigen Fachschaft Gesellschaftswissenschaften.

CDU-Familienpolitik

# Bildung für alle?

## Probleme beim Schulzugang von Kindern ohne Aufenthaltsstatus. Von Anuscheh Farahat

In Deutschland leben derzeit bis zu 30.000 Kinder, die keinen Aufenthaltsstatus haben, d.h. ihr Aufenthalt wird vom Staat als illegal betrachtet und sie sind von Abschiebung bedroht. Diese Kinder haben ein Recht auf Bildung, denn Bildung ist ein Menschenrecht, das jedem unabhängig vom Aufenthaltsstatus zusteht. Das bedeutet: Statuslose Kinder müssen unter den gleichen rechtlichen Bedingungen zur Schule gehen können, wie deutsche Kinder. Die Realität sieht aber für viele Kinder in Deutschland nach wie vor anders aus.

Das Recht auf Zugang zu Bildung ist ein Menschenrecht (Art. 28 der UN-Kinderrechtskonvention), welches auch für Deutschland rechtlich bindend ist. Der Staat darf es weder den eigenen Staatsangehörigen vorbehalten, noch es von einem Aufenthaltstitel abhängig machen. In Deutschland gilt eine allgemeine Schulpflicht, d.h. grundsätzlich sind alle Kinder zum Schulbesuch nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Die einzelnen Bundesländer sind für die rechtlichen Regelungen der (schulischen) Bildung zuständig. Für statuslose Kinder stellt sich die Situation allerdings

anders dar: Erstens streiten sich Schulbehörden und Ministerien darüber, ob diese Kinder überhaupt unter die Schulpflicht fallen, so dass sich ihr Recht auf Schulzugang nicht automatisch aus der Schulpflicht ergibt. Zweitens sind Schulleitungen und Schulbehörden nach § 87 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes verpflichtet, die Existenz von statuslosen Kindern an die Ausländerbehörden zu übermitteln. In diesem Fall droht den Kindern und ihren Familien, dass ihr Aufenthalt entdeckt wird

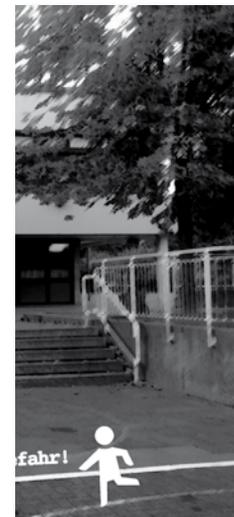
und sie abgeschoben werden, da sie ja kein Recht zum Aufenthalt haben. Aus Angst davor versuchen viele Eltern ohne Aufenthaltsstatus erst gar nicht, ihre Kinder in einer Schule anzumelden. (K)eine Politische Lösung in Sicht? Für diese Schwierigkeiten wurden in den letzten Jahren verschiedene politische Lösungen diskutiert. Das Thema genießt inzwischen eine hohe politische Aufmerksamkeit. Sogar im Koalitionsvertrag von CDU und FDP gibt es das Ziel, die Übermittlungspflicht einzuschränken. Trotzdem ist bislang keine Änderung der Rechtslagen in diesem Punkt erfolgt: Alle „öffentlichen Stellen“ sind verpflichtet, die Daten von Statuslosen an die Ausländerbehörden weiterzugeben. Allerdings gibt es einen Vorschlag der SPD-Fraktion im Bundestag zur Änderung von § 87 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes. Demnach sollen nur noch „Polizei- und Ordnungsbehörden sowie öffentli-

che Stellen mit der Aufgabe der Strafverfolgung oder -vollstreckung“ verpflichtet sein, Statuslose zu melden. Mit einer solchen Gesetzesänderung wäre für statuslose Kinder viel erreicht, denn sie würde klarstellen, dass weder Schulleitungen noch Schulbehörden verpflichtet sind, ihre Daten weiterzugeben. Bisher hängt die Frage, ob Schulleitungen und Schulbehörden „öffentliche Stellen“ im Sinne der Übermittlungspflicht sind davon ab, ob nach dem jeweiligen Landesrecht die Feststellung des Aufenthaltsstatus zu den Aufgaben der Schulleitung oder der Schulbehörde gehört. Das

Schulbesuch aufzuerlegen? Zwingt man sie damit nicht, ihren Aufenthalt öffentlich zu machen und von den Ausländerbehörden aufgespürt zu werden? Die Schulpflicht ist aus radikaldemokratischer Sicht ein Fortschritt, weil sie sicherstellt, dass der Zugang zur öffentlichen Bildung nicht vom Wunsch der Eltern abhängt. Prinzipiell spricht alles dafür, in diese allgemeine Regelung auch statuslose Kinder einzubeziehen, allerdings kann und darf ihnen gegenüber die Schulpflicht nicht zwangsweise durchgesetzt werden. Im Fall von Schülerregistern (s. *Du bist Schulschwänzer!*, S.2 in

dieser Ausgabe), wie sie in Hamburg oder Berlin vorgesehen sind, muss deshalb klargestellt werden, dass statuslose Kinder nicht erfasst werden dürfen und den Ausländerbehörden jeder Zugriff verweigert werden muss. Durch die Einbeziehung in die allgemeine Schulpflicht können statuslose Kinder unter den gleichen Bedingungen am Schulunterricht teilnehmen wie alle anderen Kinder. Im Falle eines bloßen Schulzugangsrechts müssen diese dagegen

explizit rechtlich zugesichert werden. Vor allem muss auch für statuslose Kinder die Lehrmittelfreiheit gelten und es muss gewährleistet sein, dass sie während ihres Schulbesuchs versichert sind. Wie auch immer man zur der Frage Schulpflicht oder Schulzugangsrecht steht, wichtig sind klare und unmissverständliche Regelungen – die am besten durch ein Gesetz erfolgen. Erlasse und Ausführungsverordnung lassen sich viel leichter wieder ändern, wenn die politischen Mehrheiten wechseln. Dauerhafte Rechtssicherheit für die betroffenen Schüler, Eltern und Lehrerinnen bietet dagegen nur eine gesetzliche Regelung. Statuslosen Kindern muss in Deutschland der Schulbesuch zu gleichen Bedingungen wie für Deutsche ermöglicht werden. Die Übermittlungspflicht für Schulleitungen und Schulbehörden gehört so schnell wie möglich abgeschafft. ■



ist z.B. der Fall, wenn die Vorlage einer Meldebescheinigung Voraussetzung für den Schulbesuch ist. Statuslose Kinder sind regelmäßig nicht gemeldet und können diese Bescheinigung daher nicht vorlegen. So erfahren die Schulen vom fehlenden Aufenthaltsstatus. Eine gesetzliche Klarstellung auf Bundesebene ist dringend nötig. Bei der Frage nach der Schulpflicht statusloser Kinder ist mehr Bewegung zu beobachten: In manchen Bundesländern z.B. im Saarland ist inzwischen gesetzlich geregelt, dass statuslose Kinder unter die allgemeine Schulpflicht fallen. Andere Bundesländer z.B. Hessen, Berlin und Rheinland-Pfalz haben durch Verordnungen oder Ausführungsvorschriften zu den Schulgesetzen klargestellt, dass statuslose Kinder zumindest ein Recht auf Schulzugang haben. Unterricht auch ohne Status ist es sinnvoll statuslosen Kindern eine Pflicht zum

## Familienpolitik

# Das Recht am Kinde!?

## Adoptions- und Inseminationsrechte unabhängig von normierten Lebensweisen

Kurz vor der Bundestagswahl, respektive kurz vor Ende ihrer Amtszeit stellte die ehemalige Justizministerin Brigitte Zypries die bisher größte Studie zu so genannten Regenbogenfamilien vor. Nach der Befragung zeigte sich - oh Wunder - dass Kinder gleich gut und gleich schlecht mit homo- und heterosexuellen Eltern aufwachsen. Was folgt? - Abgesehen von einem vorprogrammierten erscheinenden Schlagabtausch der einschlägigen Fronten, erst einmal wenig. Auch wenn die

FDPLerin Ina Lenke sich vornimmt in der Schwarz-Gelben Koalition

„dicke Bretter“ bohren zu wollen, wird die FDP trotz ihrer nie gekannten Stärke dieses Thema gegen die Unions-Christen

nicht durchsetzen können - und ihm in der Abwägung mit anderen Politikfeldern wohl auch nicht annähernd genug Gewicht beimessen. Bleibt

also mal wieder nichts anderes übrig, als Alles selbst zu machen - Dann aber auch gleich emanzipatorisch-radikal.

### Elternrechte im Fadenkreuz der Norm

Derzeit sind Adoptionsmöglichkeiten und Inseminationsbehandlungen („Künstliche Befruchtung“) beinahe ausschließlich gegeben für wohl situierte, heterosexuelle Ehepaare, die sowohl „kulturell kompatibel“ als auch im „richtigen“ Alter sind.

Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften zweier Personen oder Personenmehrheiten - welcher sexueller Orientierung oder Identität auch immer - als auch die Eingetragenen Lebenspartnerschaften, fallen mehr oder minder raus. Selbst wenn eine Möglichkeit zur Adoption potentiell besteht, bedeutet das

aber auch noch lange nicht, dass es reale Möglichkeiten dazu

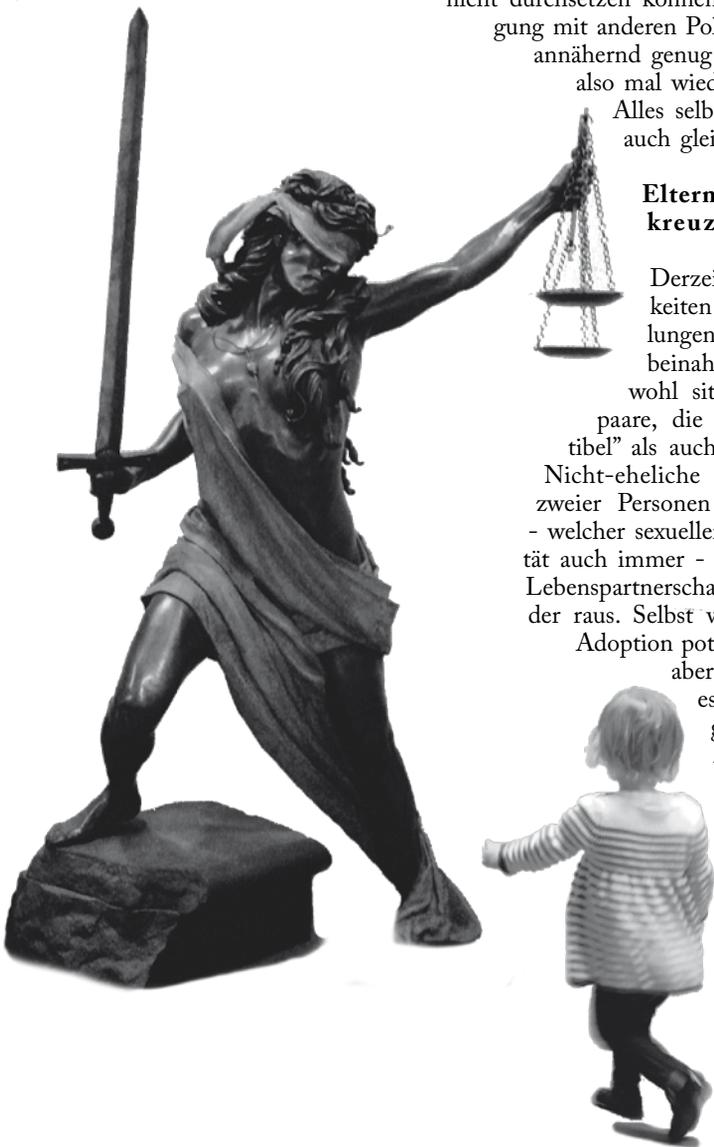
gibt. Da es wesentlich mehr AdoptionsanwärterInnen als Adoptivkinder gibt, werden in solchen Begutachtungen in den allermeisten Fällen heterosexuelle Eltern, die auch sonst ins „normal“-normierte Schema passen, bevorzugt.

Familienkonstellationen mit mehr als zwei erwachsenen Bezugspersonen sind rechtlich nicht möglich - und erfahren so strukturelle Ablehnung, rechtliche Unsicherheit

und finanzielle Benachteiligung. Menschen, die sich ihrem bei Geburt zugeordneten Geschlecht entledigt haben und vom Staat im anderen Geschlecht haben anerkennen lassen, wird eine biologische Elternschaft durch die vom Transsexuellengesetz angeordnete Zwangssterilisation/-kastration sogar gewalttätig verwehrt. Im Bereich der Inseminationsrechte - also dem Zugang zu Samenbanken und den Verfahren der „künstlichen“ Befruchtung - sieht es ähnlich schrecklich aus. Schaut man genauer hin, zeigt sich schnell: Richtige Kinder sind gewünscht - nicht die rassistisch untergeordneten „kleinen Kopftuchmädchen“ und nicht die aus der „bildungsfeindlichen Unterschicht“ und nicht die aus „perversen“, „unnatürlichen“ Familien. Nein, gewollt sind bestimmte Kinder von bestimmten Eltern in bestimmten familiären Strukturen. Denn die biopolitische Regierung der Bevölkerung ist auch in Zeiten eines globalisierten Kapitalismus noch eine der wichtigsten Machttechnologien. Hier wird Bevölkerungspolitik betrieben - rassistisch, sexistisch und nationalistisch geprägt wie eh und je.

### Herrschaftskonzept Verwandtschaft

Der Grundtenor der derzeitigen Debatte kreist vor allem um Adoptionen für homosexuelle Paare (also Zweier-Verbindungen) in Lebenspartnerschaften. Kaum reflektiert werden in solchen Forderungen die strukturellen Normierungs-/Ausgrenzungsstrukturen im Bereich der Elternschaft, die nicht aufgebrochen, sondern eher in einer weiteren Konstellation bestätigt werden würden. Bei solchen Forderungen stehen zu bleiben ist blind gegenüber Klassenaspekten, Rassierungsprozessen, ..., gegenüber den Zwängen konformistischer Lebensweise. Anstatt immer mehr (zumeist gegenüber dem Normalmodell heterosexuelle Ehe unterprivilegierte) Sonderlösungen und homosexuelle Nachahmermodelle zu schaffen, sollte das Prinzip Ehe als Subtext familien-, sozial- und steuerrechtlicher Regelungen verschwinden - zugunsten der Gleichberechtigung von Lebensformen. Gefördert wird nicht das möglichst gute Aufwachsen von Kindern und möglichst selbstbestimmte, einzelfallspezifische Organisation von gegenseitiger Verantwortungsübernahme, sondern die Zementierung einer ideologisch aufgeladenen Lebensform als Norm.



ANZEIGE

 die tageszeitung

tendenz Sommer 2010

Daher geht es in politischen Kämpfen vor allem um eines: Den Zwang zu normierten Lebensweisen, weil sie normiert, normalisierend und normierend sind, zu kritisieren und aufzubrechen.

**Aber die Kinder? Denkt doch an die Kinder!**

In den Auseinandersetzungen geht es zudem vollkommen um die Position der Eltern. Tauchen Kinder auf, dann stets instrumentalisiert in den paternalistischen Erklärungen Konservativer, die wissen wollen, was im Interesse von Kindern ist und was nicht. Es muss klar sein, um was es hier geht: Um massive Verfügungsgewalten über junge Menschen. Eine emanzipatorische Forderung zu Adoptionsrechten kommt daher nicht ohne die Betrachtung der adoptierten Seite aus. Unsere Antwort darauf: Radikaldemokratisierte Kinderrechte, die aufgrund des Alters diskriminierte Menschen aus ihrer Quasi-Leibeigenschaft befreien, die das Familienrecht Eltern bzw. „Erziehungsberechtigten“ verleiht. Junge Menschen müssen weitgehende Rechte haben sich gegen ihre Adoption zu wehren. Auch die Abkehr von den aktuellen (auch leiblichen) Eltern, muss möglich werden. Das Sorgerecht und sonstige Verfügungsgewalten müssen ordentlich entrümpelt werden. Dazu gehört auch eine grundlegende Umstrukturierung sozialer Ansprüche, wie Kinder- und SchülerInnen-geld, Bafög, Sozialhilfe etc. pp., die bisher weitgehend an die Eltern gekoppelt sind. Sie müssen als direkte Ansprüche, von Kindern und Jugendlichen selbst geltend gemacht werden können - gerade wenn diese sich entscheiden den Machtverhältnissen ihrer biologistisch-kulturell zwangsverordneten Familie den Rücken zu kehren und ein selbstbestimmteres Leben zu führen. ■

Dieser Beitrag gibt in gekürzter Version ein Positionspapier von JungdemokratInnen/ Junge Linke wieder. Der ganze Text ist auf [jdjl.org](http://jdjl.org) zugänglich.

## Drogenpolitik

# Drugs? - Just say how!

## Für die Legalisierung aller Drogen.

JungdemokratInnen/ Junge Linke sprechen sich schon seit vielen Jahren für die Legalisierung aller Drogen aus. Niemandem darf sein/ihr Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper genommen werden. Genau dies geschieht jedoch in der prohibitiven Drogenpolitik. Die Entscheidung was Einzelpersonen mit ihrem Körper machen wird ihnen nicht nur abgenommen sondern komplett durch äußere Vorschriften ersetzt. Verstöße dagegen wurden und werden strafrechtlich geahndet.

### Drogenpolitik im Wandel

Seit den 1980er Jahren hat sich die staatliche Drogenpolitik im Kampf gegen illegalisierte Drogen stark gewandelt.

Die wohl wichtigste Veränderung in der Drogenpolitik ist diese Umdefinierung der KonsumentInnen von StraftäterInnen zu Kranken. Hierbei versucht die Hirnforschung körperliche Anfälligkeiten für eine Sucht herauszuarbeiten. Aus dieser stark deterministischen Sicht seien so z.B. Frauen anfälliger für eine Heroinsucht aufgrund erhöhter Opioid-Rezeptoren.

Mit der Vorstellung von KonsumentInnen als Kranke entwickelt sich die Drogenpolitik der „Harm reduction“. Hierbei geht es vorrangig um eine Verringerung des erlittenen Schadens der KonsumentInnen. Einige Ansätze werden dabei schon länger praktiziert wie z.B. der Spritzen-Tausch und das Betreiben von Drogenkonsumräumen. Hierbei handelt es sich jedoch um ein politisch umkämpftes Feld. So wurden Drug-checking-Projekte vehement unter Druck gesetzt, sodass es derzeit in Deutschland keine stationären Laboratorien außer in Ausnahmefällen in öffentlichen Krankenhäusern und Apotheken zum Drug-checking gibt.

### Handlungsstrategie Drug-checking

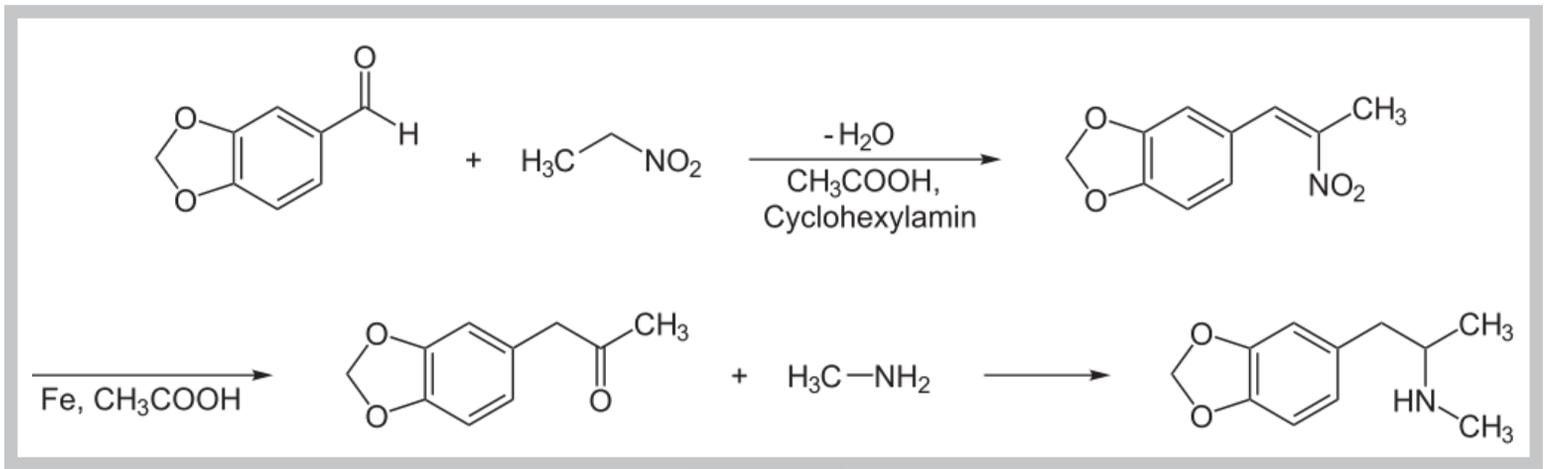
Die Forderung nach der Legalisierung aller Drogen ist für uns eine zentrale. Wir dürfen jedoch nicht übersehen, dass ein Kampf darum in der derzeitigen politischen Situation wenig aussichtsreich ist.

Deshalb gilt es für uns, Ansatzpunkte zu finden, an welchen die Möglichkeit besteht, konkrete Änderung für die aktuelle (Über)Lebenslage von KonsumentInnen zu erwirken und den öffentliche Diskurs wirkungsmächtig zu beeinflussen. Hierfür eignet sich das Konzept des Drug-checkings. Dabei handelt es sich um die Idee, illegale Drogen qualitativ (also nach Inhaltsstoffen) und quantitativ (also nach Reinheitsgrad) zu untersuchen.

Grundsätzlich gibt es die rechtliche Möglichkeit, Drug-checking in Deutschland zu betreiben. So haben öffentliche Apotheken und Krankenhausapotheken die Möglichkeit Drogen zu untersuchen. Dies ist jedoch vergleichsweise teuer und exklusiv. Auch das nicht-stationäre Drug-checking, mit mobilen Laboranlagen, ist möglich. Diese sind jedoch sehr aufwendig zu transportieren und einzusetzen, weswegen sie hauptsächlich auf Partys zum Pillentest verwandt werden. Anders verhält es sich bei stationären Laboranlagen zum Drug-checking. Diese benötigen eine

## ANZEIGE

## ANZEIGE



**Ausnahmeerlaubnis.**

Mit stationären Laboranlagen wäre durchaus ein weiterer Schritt beim Drug-checking getan. Es könnten schneller und günstiger Drogen untersucht werden. Zudem gäbe es damit durchgehend institutionalisierte Strukturen zur Überprüfung von Drogen, an die man sich wenden kann. Die Niedrigschwelligkeit in Bezug auf weitere KonsumentInnen als nur die der Partyszene (in der hauptsächlich ein Cannabis- und Pillenkonsum vorherrscht) wäre erhöht, infolge dessen könnte der Prüfungsbereich von Pillen auf andere Substanzen in anderen Formen (z.B. Pulver und Flüssigkeiten) ausgeweitet und das (Über)Leben von vielen KonsumentInnen verbessert werden.

Im öffentlichen Diskurs ist es zudem möglich, sich mit der Forderung nach bzw. dem Projekt um stationäre Drogenuntersuchungslaboratorien, der Thematik um Drogen und Drogenkonsum, von einer weiteren Seite als der prohibitiven oder legalisierenden anzunähern. Bei Drug-checking handelt es sich um Verbraucherschutz, welcher aktuell einen hohen und allge-

genwärtigen Stellenwert einnimmt. Fordert man einen derartigen Schutz ein, kann ein Bezugspunkt zu BürgerInnen, die sich nicht mit der Thematik auseinandersetzen, hergestellt werden, an welchem sie leicht anknüpfen können. KonsumentInnen werden, durch ihr (offensichtliches) Eigeninteresse nach Verbesserung ihrer Situation, aus ihrer derzeitig zugeschriebenen passiven Rolle als Kranke heraus geholt.

Es wird aufgezeigt, dass es sich bei ihnen vielmehr um aktive Menschen handelt, die sich mit dem, was sie konsumieren, selbstbestimmt und reflexiv auseinandersetzen wollen.

Eine Initiative zum stationären Drug-checking stellt somit eine Möglichkeit dar, einen Einfluss auf die aktuelle drogenpolitische Landschaft auszuüben und somit nicht in der Ecke der LegalisierungsbefürworterInnen zu vereinzeln, sondern den Diskurs der Drogenpolitik wieder mit zu bestimmen.

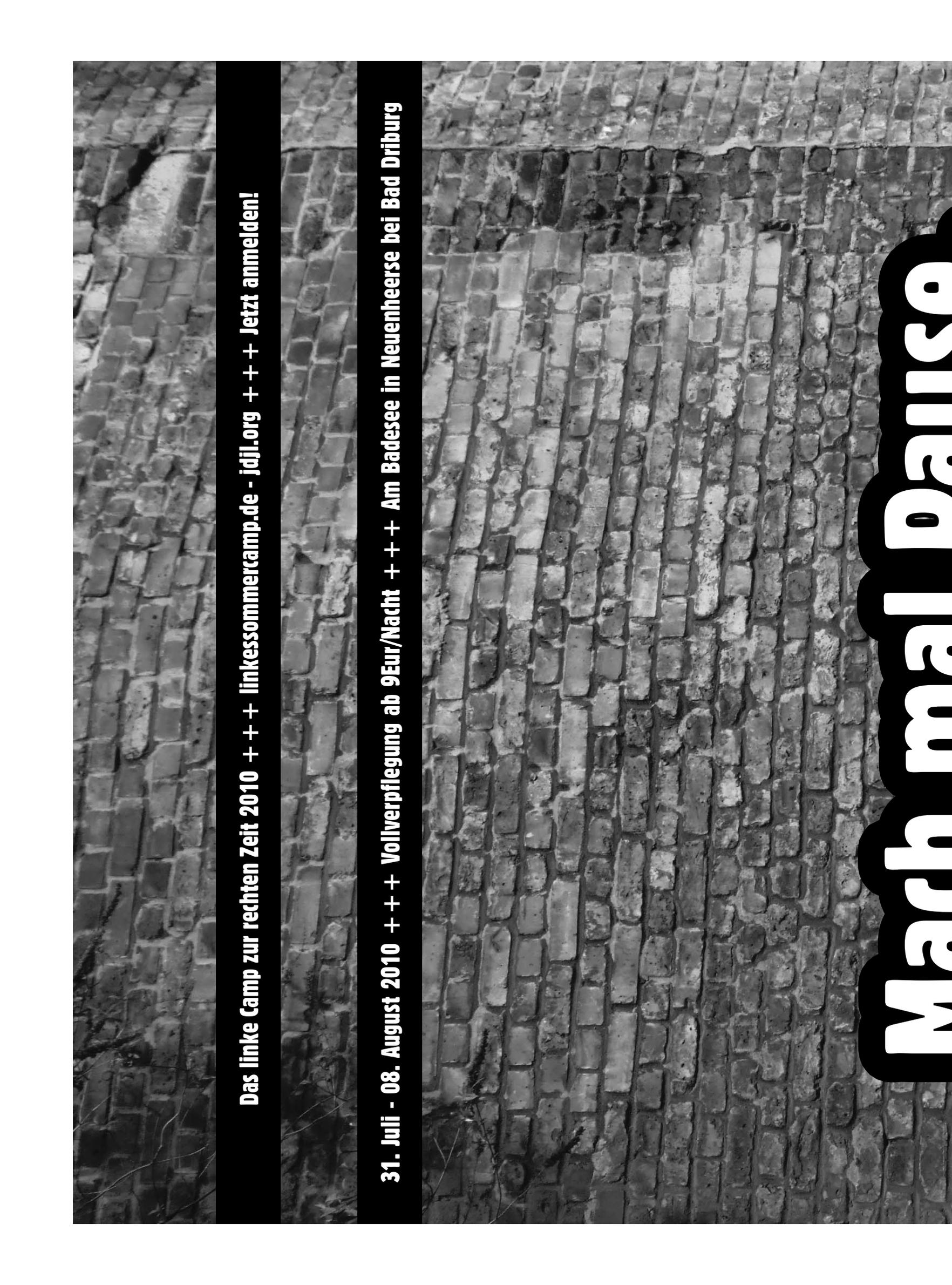
Dieser Beitrag gibt in gekürzter Version ein Positionspapier von JungdemokratInnen/ Junge Linke wieder. Der ganze Text ist auf [jdjl.org](http://jdjl.org) zugänglich.



**ANZEIGE**

**ANZEIGE**

► DRUCK VON LINKS **Neues Deutschland**



**Das linke Camp zur rechten Zeit 2010 +++ linkessommerncamp.de - jdjl.org +++ Jetzt anmelden!**

**31. Juli - 08. August 2010 +++ Vollverpflegung ab 9Eur/Nacht +++ Am Badesee in Neuenheerse bei Bad Driburg**

**March mal Daisco**

# Mach mit!

Politischer Urlaub. Neun Tage lang. Am See.



Gefördert durch:



JUGEND für Europa  
Deutsche Agentur  
für das EU-Programm  
JUGEND IN AKTION

**JungdemokratInnen / Junge Linke**  
radikaldemokratisch \* emanzipatorisch \* parteiunabhängig

Right to your City

# Wem gehört der öffentliche Raum?

## Wie hängt öffentlicher Raum mit Verdrängung zusammen? Ein Beispiel aus Berlin-Neukölln. Von Fabian Brettel

Mit Zwangsverdrängungen die Wohnsituation verbessern? Roma als "Problemfamilien"? Sicherheitsdienste auf dem Schulhof? Maßnahmen "zur Realisierung stabilisierender und gebietsaufwertender Projekte" haben viele Schattenseiten.

### Schillerkiez – Geschichte und Lage

Der Schillerkiez war lange Zeit ein typischer Teil Berlin-Neuköllns, geprägt von Alteingesessenen und MigrantInnen. Zwischen der Hermannstraße und dem Flughafen Tempelhof gelegen, war er mit einer besonderen Randlage "gesegnet". Wer hier nicht wohnte, kam auch nicht her, die Situation also vergleichbar mit Kreuzberg vor der Wende. Flugzeuggeräusche und Kerosingeruch trugen zusätzlich zur Missgunst der Lage bei. Zum derzeitigen Wandel des Kiezes hat auch die Umwandlung des Flughafen Tempelhofes in einen Park beigetragen. Die frühere Randlage wurde so umgekehrt. Mittlerweile werden Eigentumswohnungen hier mit dem Verweis auf die Internationale Gartenausstellung 2017 beworben. Einen krasserer Wandel der Lage gibt es kaum.

### Öffentlicher Raum und Verdrängung

Eine Stütze von Aufwertung des Kiezes und Verdrängung der AnwohnerInnen ist die Herrschaft über den öffentlichen Raum. Dieser sollte weder einer bestimmten Nutzung, noch einer Personen- oder Interessengruppe unterworfen sein. Er ist einerseits Spiegel der ansässigen Kiezbevölkerung, andererseits aber auch Schaufenster für die restliche Bevölkerung. Hier zeigt sich das Gesicht, der Charakter des Kiezes. Praktisch ausgedrückt: Sind die Alkis im öffentlichen

Raum erst einmal durch Studis und junge Familien ersetzt, so ist der Imagewandel vollzogen. Die einzige Bedingung: Damit der Wandel reibungslos ablaufen kann, müssen die unterschiedlichen Nutzungen nebeneinander existieren können. Und genau hier wird häufig Hand angelegt um die Herrschaft über den öffentlichen Raum zu erlangen.

### Quartiersmanagement (QM) und andere Akteure

QMs, von der Politik eingesetzte private Akteure, haben das Ziel "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf" zu stabilisieren und eine Bevölkerungsmischung im Kiez herzustellen. Dazu stehen mehrere Fördertöpfe bereit aus denen Maßnahmen auf Antrag finanziert werden. Diese müssen laut Rahmen-Geschäftsordnung "zur Realisierung stabilisierender und gebietsaufwertender Projekte" verwendet werden. Der Quartiersrat entscheidet über die Mittelvergabe von Summen bis zu 10.000 Euro. Obwohl als BewohnerInnenvertretung gefeiert, sind nahezu 50% der Vertreter von Vereinen, Clubs und EigentümerInnen, die hier auch ihre Partikularinteressen vertreten.

Ein QM-Projekt ist Bequit, ein Sozialunternehmen, das seinen Profit aus geringfügig bezahlten Jobs und den öffentlichen Fördertöpfen zieht. Im Schillerkiez beschäftigt Bequit sogenannte KiezläuferInnen, eine Art unterbezahlte SoftSecurity. Die Aufgabe: Durch Präsenzzeigen für Sicherheit und Sauberkeit sorgen, Unruheherde und unnormierte Verhaltensweisen unterbinden. Ein weiteres Projekt ist die Taskforce Okerstraße (TAO). Mit QM-Geldern soll die

TAO auf die mangelnde Vernetzung der unterschiedlichen Akteure von Jugendamt, Schulen, Polizei, Sozial- und Bezirksamt reagieren und deren Informationen bündeln. Ein internes Positionspapier beruft sich eben auf das Nutzungsrecht des öffentlichen Raumes durch alle Bevölkerungsgruppen um dann sofort die Sündenböcke des Übels auszumachen: "Problemfamilien" (gemeint sind Roma), "Trinker" und die EU-Osterweiterung. Dabei zielen die Handlungsempfehlungen auf die Verdrängung aus dem öffentlichen Raum unter dem Deckmantel sozialer Fürsorglichkeit. Stärkere Kontrolle von Roma durch das Jugendamt, das Sprengen "illegalen" Straßenhandels und die unverhohlene Androhung von Zwangsverdrängung mit dem Argument der Verbesserung der Wohnsituation gehören dazu. Dass so soziale Zusammenhänge und überlebensnotwendige Netzwerke zerstört werden, wird ignoriert.

Auch den "Trinkern" der Schillerpromenade ergeht es im dem Papier der TAO nicht besser. Um sie zu verdrängen wurden einige Sitzbänke der Schillerpromenade abgebaut, von Überwachung ganz zu schweigen.

Auch die Security auf dem Schulhof (gegenüber der Schillerpromenade) dient dazu Angst und Zwietracht zu schüren. Das Signal: Eure Kinder leben gefährlich, aber wir passen auf! Das Ziel: Aus Angst und Verunsicherung sollen die bürgerlichen Normalos sich zunehmend an die Obrigkeit wenden, damit diese eine Legitimation für Kontrollen und Verdrängung im öffentlichen Raum bekommt. So eine "aktive Nachbarschaft" wäre ein weiterer Mosaikstein auf dem Weg zu einem von Prekariat und Elend befreiten, gentrifizierten Kiez. ■



## Gewerkschaften

# Was zum Henker ist Organizing?

**Organizing?! Für viele deutsche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist es neumodisches Zeug, das über den großen Teich geschwappt ist und mit dem Wahlkämpfe geführt werden. Von Anne Neuendorf**

Für viele andere ist es ein hoffnungsvoller Ansatz wieder offensiv Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen zu können. Zum Teil mit anderen Mittel als bisher üblich.

Basismobilisierung und Druckkampagnen werden den Mittel der Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern (befristete Verträge, Leiharbeit, Lohndumping) entgegen gesetzt. Ein neuer Wind weht! Und das ist dringend notwendig. Durch zunehmende prekäre Beschäftigung und die schwindende Macht fast aller deutschen Gewerkschaften (auch durch sinkende Mitgliederzahlen) sind diese mit und durch ihre herkömmlichen Mitteln zur Interessendurchsetzung in die Defensive geraten. Und so machen sich einige Gewerkschaften auf, neue Wege zu beschreiten: mit Organizing. Jüngste Beispiele finden sich unter anderem bei der Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU), die mit Organizing den Streik der Beschäftigten im Gebäudereinigergewerbe im letzten Jahr durchführen konnten. Organizerinnen und Organizer unterstützen auch beim Streik der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) das Bodenpersonal an den Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld für einen gemeinsamen Tarifvertrag und bessere Arbeitsbedingungen. Das größte Organizingprojekt startete aber vor einem halben Jahr bei der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) in den Branchen Erneuerbare Energien und KFZ-Handwerk. Dieses Projekt wird dort die Tariffähigkeit herstellen bzw. erhalten und langfristige gewerkschaftliche Strukturen in den Betrieben aufbauen.

Die Herangehensweisen und Methoden beim Organizing sind für viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ungewöhnlich. Beginnt doch der für die Beschäftigten wahrnehmbare Teil des Organizing mit dem Aufbau einer gewerkschaftlichen Basis im Betrieb. Diese gewerkschaftliche Basis wird zum Entscheidungsträger für das weitere Vorgehen. Bottom-up statt top-down ist die Devise. Dabei ist es egal, ob durch Organizing

ein Betrieb gewerkschaftlich erschlossen oder ein Tarifvertrag erkämpft wird.

Zum Aufbau der Basis im Betrieb werden von den Organizerinnen und Organizern in der Regel erst einmal Gespräche geführt. Bei diesem Gesprächen kommt es vor allem auf das Zuhören an. Die goldene Regel beim 1:1 Gespräch lautet 70:30. 70 % hört die Organizerin / der Organizer zu, und 30 % redet er/sie selbst. Ziel ist es mit möglichst vielen Beschäftigten ein Thema zu finden, das sie hinreichend motiviert sich zu organisieren und mit den anderen Kolleginnen und Kollegen zusammen für die gemeinsamen Interessen einzusetzen. Durch ein systematisches Vorgehen wird dabei verhindert, dass versehentlich Beschäftigtengruppen (Frauen, Migratinnen und Migraten, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, Ingenieure etc.) unangesprochen bleiben. Durch Aktionen, weitere Mobilisierung und begleitende Druckkampagnen wird die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Betrieb systematisch gesteigert. Natürlich geht das nur mit steigenden Mitgliedszahlen im Betrieb.

Organizingprojekte deshalb auf reine Mitgliederwerbeprojekte zu reduzieren wird den dort angestoßenen Prozessen nicht gerecht. Diese lassen sich eher mit Politisierung, Demokratisierung und praktischer Solidarität beschreiben. Noch ist nicht klar, ob sich diese Form der Gewerkschaftsarbeit durchsetzt, aber wenn, dann wird sie die deutschen Gewerkschaften gehörig verändern.

Mitmachen kann mensch bei der jeweiligen Gewerkschaft. In fast jedem (Jugend)bildungsprogramm (IGM; DGB; ver.di) finden sich spannende Seminare bei denen die Methoden kennengelernt, diskutiert und geübt werden können. ■

Anne Neuendorf  
ist Organizerin beim  
IG Metall Vorstand.



## Bespitzelungsstaat austricksen



### Spuren im Netz ver- wischen

Bei der Verschleierung der IP-Adresse heißt das Mittel der Wahl TOR - The Onion Router. Man installiert sich den TOR-Client auf seinem Computer. Danach werden Verbindungen durch ein Netzwerk von Servern geschickt. Dieser Netzwerkverkehr wird verschlüsselt und über drei zufällig gewählte Knotenpunkte des TOR-Netz-

werks versendet. Die Server werden alle paar Minuten gewechselt und kennen jeweils nur ihren Nachbarn. So soll die Anonymität der Benutzer\_innen gesichert sein, falls ein Server bspw. gehackt wird.

[www.torproject.org](http://www.torproject.org)

## Interview

# Grenzüberschreitende Solidarität für existenzsichernde Löhne

**Interview mit der Arbeitsanwältin Rita Olivia Tambunan. Von Anna Weber**

Bangladesch im Juni 2010: Auf der einen Seite Tränengas, Wasserwerfer, Gummigeschosse, private Sicherheitsfirmen, eine freiwillige Bürgerwehr und ein massives Polizeiaufgebot, auf der anderen über 100.000 selbst bewusste Arbeiter\_innen, die vier Stunden lang erfolgreich eine Autobahn blockiert halten; bewaffnet mit der Forderung nach einem besseren Leben. Die Streikenden arbeiten in der Bekleidungsindustrie und fordern seit Jahren die Anhebung ihrer Löhne auf ein Existenz sicherndes Niveau. Ihre Situation ist vergleichbar mit der vieler Näherinnen und Näher weltweit. Machtvolle Konzerne nutzen die globale Konkurrenz, um Preise und Lieferzeiten zu diktieren und Druck auf die Löhne auszuüben. Die Asia Floor Wage Campaign (Kampagne für einen Asiatischen Grundlohn AFWC) ist eine junge Initiative aus dem globalen Süden. Seit einem Jahr fordern sie die Konkurrenz zwischen den Arbeiter\_innen durch grenzüberschreitende Bündnisarbeit heraus. Mit der Anwältin für Arbeitsrecht Rita Olivia Tambunan aus Indonesien sprach Anna Weber über die miesen Arbeitsbedingungen in der asiatischen Bekleidungsindustrie.\*

*Die internationale Clean Clothes Campaign und die Kampagne für Saubere Kleidung unterstützen die Asia Floor Wage Campaign bei der Forderung nach Existenz sichernden Löhnen. Wie hoch sind die Mindestlöhne in den asiatischen Produktionsländern?*

Vielerorts ist ein Mindestlohn fest geschrieben. In Bangladesh und Indonesien wird der Mindestlohn von der Regierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften ausgehandelt und reicht trotzdem nicht aus, um elementare Lebenshaltungskosten zu decken. Niedrige Löhne gelten als Standortvorteil und sollen ausländische Investoren anlocken.

*Wie viel erhält eine indonesische Näherin, im Vergleich zu einer deutschen Angestellten?*

Ich habe Gebäudereinigerinnen in Kassel getroffen, die fünf bis acht Euro in der Stunde verdienen. Gewerkschaftsvertreterinnen fordern bis zu zehn Euro Mindestlohn. Die Ausgaben für Nahrungsmittel in Deutschland betragen für eine Familie mindestens 25 bis 35 Euro, etwa die Hälfte des Tagesverdienstes der Reinigungskraft. In der indonesischen Stadt Jakarta verdient eine Näherin hingegen umgerechnet 3,80 Euro am Tag. Grundnahrungsmittel kosten etwa zehn bis zwölf Euro. Das ist weit mehr, als sie verdient. Es gibt zudem kein öffentliches soziales Sicherungssystem. Die Kosten für Gesundheit und Bildung müssen individuell aufgebracht werden.

*Der gesetzliche Mindestlohn in Bangladesch beträgt 1662,50 Taka, ca. 20 Euro im Monat. Die protestierenden Arbeiterinnen fordern eine Lohnhöhe von 5000 Taka, ca. 57 Euro.*

Ich denke, dass die Arbeiterinnen in Bangladesh in der ärgsten Situation sind, im Vergleich zu anderen in Asien. Wenn wir einen gemeinsamen Grundlohn hätten würden auch sie profitieren.

*Die Konzerne Wal-Mart, Tesco, Carrefour und auch die in Deutschland ansässigen Discounter Lidl, Kik und Aldi lassen in Asien produzieren. Sie konzentrieren ihre Einkaufskraft durch internationale Einkaufsmakler und nehmen sehr große Mengen ab. Wie will die AFWC die erzeugte Konkurrenz zwischen einer Näherin aus China oder Kambodscha konkret überwinden?*

Unsere Strategie orientiert sich an dem Konzept der Kaufkraftparität (KKP) von der Weltbank. Die Landeswährungen unterliegen Wechselkurschwankungen, national gibt es unterschiedliche Preisniveaus für Güter und Dienstleistungen. Daher brauchen wir einen Indikator anhand dessen sich die Löhne vergleichen lassen.

Im ersten Schritt berechnen wir die Kosten für einen grundlegenden Warenkorb in der nationalen Währung. Darin enthalten sind Lebensmit-

tel, aber auch Ausgaben für Bildung, Transport und Freizeit. Im zweiten Schritt ermitteln wir die Kosten für den Warenkorb mit dem KKP-Faktor. Anschließend einigen wir uns auf eine Benchmark, derzeit 475 KKP-Dollar. Der Grundlohn muss in maximal 48 Wochenarbeitsstunden ohne Überstunden verdient werden können. Die Orientierung an der Kaufkraftparität stellt einen immensen Fortschritt dar. Ein gemeinsamer Grundlohn in der asiatischen Textil- und Bekleidungsindustrie könnte langfristig auch den Arbeitern in derselben Branche in Lateinamerika, Afrika und Osteuropa zugute kommen.

*Sind die Bedürfnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedener Länder denn vergleichbar?*

In den konkreten Warenkörben finden sich natürlich unterschiedliche Lebensmittel. In Indonesien, Kambodscha und China wird etwa viel Reis gegessen, aber wenn du nach Indien fährst findest du Brot und Linsen auf dem Speiseplan. Wir brauchen auch Fleisch, Fisch, Milch, Eier, sowie natürlich Obst und Gemüse. Um vergleichen zu können schätzen wir den Bedarf pro Arbeiter auf 3000 Kalorien. Der Asiatische Grundlohn soll zur Hälfte Nahrungsmittel und zur Hälfte weitere Lebenshaltungskosten für eine ‚Standardfamilie‘ mit zwei arbeitende Erwachsenen und zwei abhängigen Kindern decken. Wir fordern einen geschlechtsneutralen Familienlohn.

*Die Mehrzahl der Arbeitenden in der Bekleidungsindustrie ist weiblich. Wie vereinbaren die Frauen die Arbeit im Haushalt mit der Erwerbsarbeit?*

Das ist ein Problem. Die meisten weiblichen Arbeiterinnen in Indonesien leiden darunter. Die Gesellschaft erwartet von Frauen, dass sie als Ehefrauen und Müttern allein für Familie und Haushalt verantwortlich sind. Dabei lässt es die ökonomische Situation überhaupt nicht zu, dass es nur einen Ernährer gibt. Die Frauen müssen ein Einkommen erzielen, in formellen oder informellen Beschäftigungsverhältnissen.

*Wie reagiert die Kampagne für den Asiatischen Grundlohn auf die Geschlechterproblematik?*

Der Asiatische Grundlohn berechnet sich als Familienlohn und soll gleich hoch ausgezahlt werden, unabhängig vom Geschlecht. Viele Frauen mussten die Erfahrung machen, dass eine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft keine Verbesserung ihrer Situation mit sich brachte. Sie profitierten weder von höheren Löhnen, noch von anderen sozialen Errungenschaften. Die Gewerkschaften begreifen aber langsam, dass sie sich um die Frauen bemühen müssen und beteiligten sich an dem Bündnis der AFWC. Andersherum kann eine Gewerkschaft die Frauen nur schwer unterstützen, wenn sie in informellen Arbeitsverhältnissen arbeiten und keine Mitglieder der

Gewerkschaft sind. Sie müssen sich organisieren.

*In Bangladesch unterstützt die National Garments Workers Federation die Proteste, wobei lediglich 200 Mitglieder offiziell registriert sind.*

Wir sorgen uns über die Informalität (etwa Rechtlosigkeit und verstärkte Abhängigkeiten, Anm. d. Red.) in den Arbeitsverhältnissen. Der größte Teil der Arbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie wird von Frauen zu Hause verrichtet, ohne einen verbindlichen Arbeitsvertrag. Auch die Näherinnen und Näher in den Fabriken können sich kaum auf die Einhaltung formaler Verträge verlassen.

*Arbeiterinnen, die sich organisieren wird gekündigt oder sie werden privat von Schlägertrupps aufgesucht. Was sagst du zu den Berichten über physische Gewalt und Bestechungsversuche von Seiten der Arbeitgeber gegenüber Gewerkschaftsführer\_innen?*

Gibt es nicht überall gezielte Korruptionsversuche? Die Frage ist, wie eine Gewerkschaft als Organisation autonom bleiben kann und ob die Mitglieder ihre Führung kontrollieren können. Die Mitglieder müssen an allen strategischen Entscheidungen partizipieren. Daher agiert unsere Kampagne mitunter sehr langsam. Wir wollen den Gewerkschaften genug Zeit geben, um ihre Mitglieder umfassend zu informieren. Vielen stellt sich auch die Frage, warum sie sich an einer asienweiten Kampagne beteiligen sollen, wenn sie doch erst einmal bessere Arbeitsbedingungen im eigenen Land durchsetzen wollen. Wir respektieren das und halten die Kommunikation weiter aufrecht. Letztlich entscheiden sich aber viele für eine Beteiligung. Das ist ein Erfolg.

*Welche Rolle spielen die Kundinnen und Kunden in Europa? Trägt ihr Kaufverhalten Schuld an den schlechten Arbeitsbedingungen und menschenunwürdigen Löhnen?*

Es ist nicht die Schuld der Konsumenten (lacht). Es ist menschlich, günstige Produkte zu kaufen, vor allem, wenn es die eigene ökonomische Situation so erfordert. Ich glaube nicht, dass es darum geht, ob die Kleidung zu billig ist oder nicht. Wir können die Preise halten. Die transnationalen Konzerne müssen ihre Profite mit den Arbeiterinnen und Arbeitern teilen. Die Konsumenten können dabei Druck auf die Konzerne ausüben und z.B. Protestpostkarten schicken.



Rita (36) ist Anwältin für Arbeitsrecht in Jakarta bei der Nichtregierungsorganisation TURC, zuständig für die Asia Floor Wage Campaign für die Region Südostasien. Derzeit macht sie ein Aufbaustudium an der Global Labour University in Berlin und Kassel.

*Wie verteilen sich derzeit die Gewinne der Konzerne?*

Ein T-Shirt in den USA wird zum Beispiel für 22,50 US-Dollar verkauft. Davon gehen lediglich 64 Cent an die Näherinnen. Der Markenkonzern behält 75 Prozent des Gewinns. Die transnationalen Konzerne müssen bereit sein, etwas von ihren Profiten abzugeben. Daher zielt unsere Kampagne weniger auf die nationalen Regierungen, sondern direkt auf die großen Einkäufer. Wir benötigen eine breite internationale Unterstützung für den Asiatischen Grundlohn, um Druck auf die Konzerne auszuüben. Die deutsche Kampagne für Saubere Kleidung hilft uns dabei. ■

\* Teile dieses Interviews sind im Neuen Deutschland (4.6.2010) erschienen.

ANZEIGE

**Wer  
braucht  
schon  
Freunde?**

**Jungle World** JUNGLE-WORLD.COM

ANZEIGE

**iz3w** ◀

# 318

**Klare Fronten –  
Alte und neue Grenzregimes**  
Außerdem: ▶ Krise in Honduras  
▶ Entwicklungshilfe ohne China ▶  
Bewegung in Südafrika ▶ Anders  
Fernsehen mit Al Jazeera ...  
52 Seiten, € 5,30 + Porto

**www.iz3w.org**

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

## Web 2.0

# Das Netz mit doppeltem Boden

**Facebook revolutioniert die Online-Kommunikation und -Vernetzung. Es steht aber auch in der Kritik für mangelnde Privatsphäre. Von Philipp Jacks**

Iran 2009: Öffentliche Regimekritik wird unterdrückt, verfolgt und bestraft. E-Mails werden vom Geheimdienst gelesen, Verschlüsselungstechnologien sind verboten, der Zugriff auf regimekritische Webseiten wird gesperrt, RegimekritikerInnen verhaftet und gefoltert. Aus welchen Gründen auch immer ist Facebook aber zugänglich und da dessen Server in den USA stehen ist es dem iranischen Regime kaum möglich die auf Facebook stattfindende Kommunikation zu überwachen.

Diese „Sicherheitslücke“ nutzen die iranischen AktivistInnen der sogenannten Grünen Revolution um sich zu vernetzen, politische Nachrichten auszutauschen und den Protest zu organisieren.

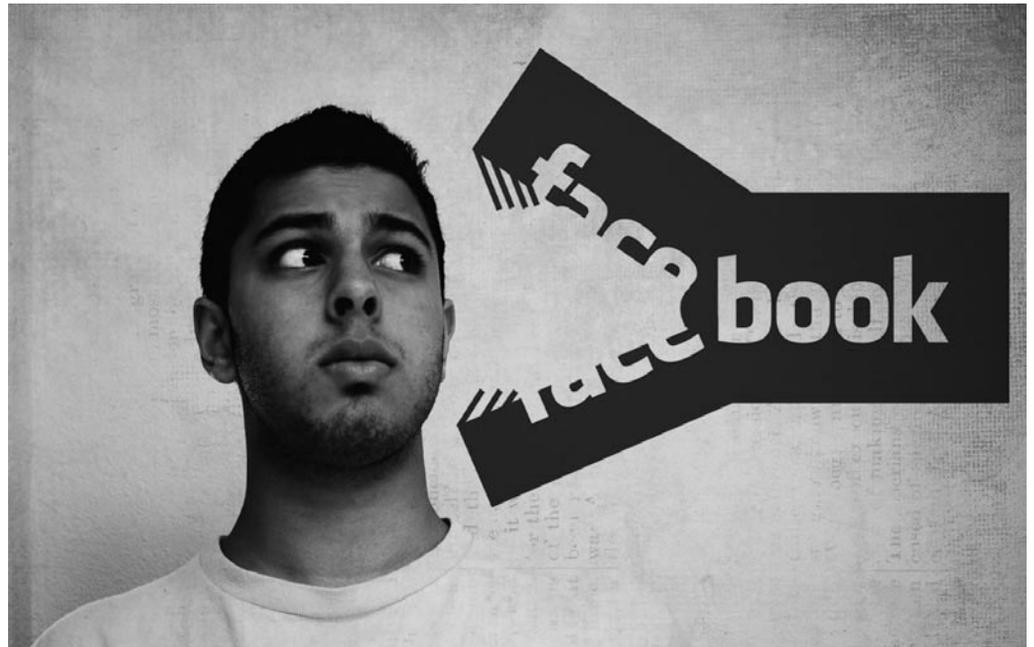
Allerdings nutzt auch das iranische Regime Facebook: Geheimdienstler melden sich bei Facebook an und durchforsten die Freundschaftslisten von bekannten RegimekritikerInnen, um deren Bekannte und Verwandte ausfindig zu machen und sie zu verhören und zu schikanieren. Zwar wäre es den UserInnen möglich gewesen die Freundschaftslisten zu verstecken standardmäßig sind diese aber offen zugänglich.

Diese drastischen Beispiele zeigen die Möglichkeiten, aber auch die Gefahren des Werkzeugs Facebook, sehr deutlich.

Einerseits ist Facebook ein sehr nützliches Tool um private und politische Netzwerke aufzubauen und zu nutzen. Andererseits kann es – wie jedes andere mächtige Werkzeug auch – in den falschen Händen auch zur unheimlichen Waffe werden. Die Vorstellung, dass eine totalitäre Staatsgewalt tatsächlich uneingeschränkter Zugriff auf die Facebook-Server hätte ist zum Glück mittelfristig nicht abzusehen.

## Einstellungssache

Ende Mai 2010, wenige Tage vor dem angekündigten Quit Facebook Day (gemeinsames Verlassen von Facebook aus Datenschutzgründen), an dem immerhin knapp 30.000 Leute teilnehmen wollten, geschah die größte Privatsphären-Reform in der Geschichte von Facebook. Sämtliche Privatsphäreneinstellungen sind nun übersichtlich auf einer Seite zusammengefasst und können sowohl insgesamt also auch einzeln angepasst werden. Abgesehen vom Namen und dem Profilbild besteht nun die volle Kontrolle über die eigenen Daten. Seitdem können (Fan-)



Pages versteckt werden und auch die kürzlich eingeführte Instant Personalisation, die die UserInnen-Aktivitäten auf ausgewählten Webseiten kommerzieller Partner „personalisiert“ (=verfolgt), kann dort mit einem Mausclick ausgestellt werden.

Facebook ist nun wieder das soziale Online-Netzwerk mit den vergleichsweise besten Möglichkeiten die Privatsphäre wie auch die selektive Weitergabe von persönlichen Inhalten zu justieren.

Zwei Mängel bleiben allerdings: die Standard-Einstellungen für neu registrierte UserInnen geben quasi sämtliche Informationen Facebookweit preis. Das reduzierte Öffentliche Profil, inklusive aller mit Alle bzw. Everyone versehenen Informationen, ist in der Standard-Einstellung sogar Internetweit über Suchmaschinen auffindbar. Auch Instant Personalisation ist standardmäßig eingeschaltet. Die Facebook-MacherInnen gehen offensichtlich – leider wohl zu Recht – davon aus, dass den meisten NutzerInnen ihre Privatsphäre egal ist.

Wichtig ist für datenbewusste Menschen, dass es nun (wieder) sehr gute Einstellungsmöglichkeiten gibt um die Kontrolle über ihre Daten zu behalten. Selbst wenn man allerdings die Privatsphäre-

Einstellungen auf die höchste Sicherheitsstufe schraubt bleiben Daten die man auf anderen (halb-)öffentlichen Profil- oder Fan-Seiten postet über die Suchmaschinen auffindbar. Hier hilft derzeit nur, gar nicht auf (Fan-)Pages zu kommentieren. Wem das nicht reicht kann sich (entgegen der Real Name Policy) mit verfälschtem Namen und gesondert eingerichteter eMail-Adresse registrieren.

## Fluch und Segen?

Abschließend bleibt wohl zu sagen, dass Facebook nicht nur Fluch, sondern auch Segen ist. Es ist ein faszinierendes Werkzeug um politische und kritische Informationen in die Köpfe von Leuten zu bringen, die sich niemals in politische eMail-Verteiler eintragen würden oder linke Publikationen lesen würden. Es ermöglicht die Vernetzung und Koordination von Protest- und Interessengruppen. Nebenbei gibt wohl keine bessere Möglichkeit um längst verschollen geglaubte, liebgewonnene Menschen wiederzufinden, mit ihnen in Kontakt zu bleiben und sowohl Klatsch und Tratsch sowie Späßchen auszutauschen, ohne jedes Mal anzurufen oder eine „Wie-geht’s,-mir-geht’s-gut“-eMail zu schreiben. Wer macht das schon? ■

Dies ist eine stark gekürzte Fassung des Artikels. Den kompletten Artikel inklusive aller Quellenangaben findest Du auf der Webseite des Autors: [www.jacks.cc](http://www.jacks.cc)  
 Guide: Introduction to Facebook Activism <http://www.digiactive.org/2008/06/28/guide-a-digiactive-introduction-to-facebook-activism/>

## Buchempfehlungen

# Protestieren lernen

**Das „Protesthandbuch“ bietet Anleitungen für kreative Aktionen.**

Von Felix Werdermann

Widerstand leisten, Unmut äußern, Alternativen aufzeigen – im Prinzip gibt es tausende Möglichkeiten. Tatsächlich wird das bunte Bild des politischen Protests aber nur in drei oder vier Farben gemalt. Nur eine Handvoll Aktionsformen ist im AktivistInnen-Repertoire vertreten, die restlichen sind unbekannt, werden übersehen, erhalten nie eine Chance.

Dabei ist es gar nicht schwer, kreativen Protest auf die Beine zu stellen. Zumindest wenn man das neue „Protesthandbuch“ von den Kommunikationsdesignerinnen Vera Warter und Sandra Benz im Bücherregal stehen hat. Es beinhaltet 18 Anleitungen zum Protest – vom Nein-Sagen über das wilde Plakatieren bis zum Straßentheater. Alle sind mit wunderbaren Zeichnungen versehen – alleine dafür lohnt es sich, das Buch zu kaufen.

Tipps und Tricks gibt es aber nicht nur für junge Rebellen, die ihre Protest-Karriere noch vor sich haben. Auch alte Polit-Hasen dürften hier noch die ein oder andere Überraschung finden. Oder wer weiß schon, dass Spuckis mit Tintenstahldruckern, Aufkleber hingegen mit Laserdruckern hergestellt werden sollten? Und mal ganz ehrlich: Wer hat sich nicht schon immer ein Torten-Rezept gewünscht – eine Anleitung, wie man einer ungeliebten Person die Torte richtig ins Gesicht drückt? Online-Aktionen sind in dem Buch leider nicht zu finden, obwohl sie aus der heutigen Protestszene nicht mehr wegzudenken sind. Dafür muss man den Autorinnen zu Gute halten, dass sie sich auch nicht scheuen, radikale (und illegale) Protestformen vorzustellen. Die richtigen Tipps gibt's auch dazu – beispielsweise beim Sprayen: „Vereinbart vorher einige Codewörter, so dass du unauffällig gewarnt werden kannst, falls Gefahr droht. Wenn Überwachungskameras in der Nähe installiert sind, ziehe einfach eine Kapuze über. Generell solltest du dich zügig bewegen und handeln.“

Abgerundet wird das Buch durch eine geschichtliche Betrachtung der Protestformen, drei Interviews und Regeln zum Umgang mit Medien und Justiz.

Und als kleines Bonbon werden die wichtigsten Protestsymbole erläutert, das Peace-Zeichen etwa. Es ähnelt zwar etwas dem Mercedes-Stern, tatsächlich aber zeigt es innerhalb des Kreises ein N und ein D aus dem internationalen Winkeralphabet der Marine – als Abkürzung für „Nuclear Disarmament“. Wer nun auch noch wissen möchte, weshalb die Taube für Frieden steht und der rote Stern für Kommunismus, der muss sich das Protesthandbuch kaufen. ■



# Die Hochschule des 21. Jahrhunderts

Mit dem von Felix Silomon-Pflug im BdWi-Verlag veröffentlichten Buch »Gouvernementale Regierung (in) der Hochschule des 21. Jahrhunderts« liegt eine Dokumentation und Analyse der Transformation der Institution Hochschule der letzten 10 Jahre vor. Mit dem Öffnungsbeschluss von 1977 – die Hochschulen weiter für alle Studierenden offen zu halten – wurde gleichzeitig entschieden, dass dies nicht durch zusätzliche Gelder kompensiert werden kann. Wie hat sich die damit einhergehende Verschiebung vom Problem der Überlast zum Problem der Effizienz mittlerweile in den Hochschulen eingeschrieben? Was ist unter »Hochschule« im 21. Jahrhundert zu verstehen?

Die Diskussion um Vor- und Nachteile der Ökonomisierung von Hochschulbildung und Wissenschaft erreichte in Deutschland mit der vermehrten Einführung von Studiengebühren und großen Autonomiezugeständnissen an die Hochschulen seit dem Jahrtausendwechsel einen neuen Höhepunkt.

Mit den im Jahr 2004 erstmals vollständig veröffentlichten Vorlesungen zur Geschichte der Gouvernamentalität von Michel Foucault bietet sich ein theoretischer Rahmen, der es ermöglicht, die Transformation des Hochschulsystems in Deutschland zu betrachten und zu analysieren – in einer Art und Weise in der sich die Ökonomisierung des Hochschulsystems nicht auf den Einfluss der Privatwirtschaft reduzieren lässt. Jenseits des Einflusses der Wirtschaft auf die Forschung oder dem Verkauf von Forschungsergebnissen zeigt sich eine neue Qualität dieser Diagnose. Es stellt sich die Frage, ob und inwieweit ökonomisches Wissen zur grundlegenden Rationalität des gesamten Hochschulsystems geworden ist.

In dem Buch wird nach gezeichnet, wie Autonomie, Konkurrenz, Profilbildung, Leistungsorientierung usw. auf die gesamte Struktur der Institution Hochschule Einfluss genommen haben und immer noch nehmen. Die Auswirkungen zeigen sich in der Verwaltung über das neue Abschlussystem bis hin zur Namensgebung. Neben der Betrachtung der rechtlichen und diskursiven Rahmenbedingungen steht als Einzelfall die Goethe-Universität Frankfurt im Fokus der Untersuchung. ■

Sandra Benz und Vera Warter: Protest - Handbuch für erfolgreiche Demonstrationen, Attacken und Aktionen, 2010. Zu bestellen unter: [www.protesthandbuch.de](http://www.protesthandbuch.de)

Felix Silomon-Pflug: Gouvernementale Regierung (in) der Hochschule des 21. Jahrhunderts, BdWi-Verlag Bonn, 2010  
ISBN 978-3-939864-11-0

# Darf in keinem Bücherregal fehlen...

Bald erhältlich bei JD/JL oder gut sortierten Händler\_innen

## Die Europa-Broschüre von JungdemokratInnen / Junge Linke

Release-Party in Frankfurt  
Weitere Infos unter [jdjl.org](http://jdjl.org)

Da sich unseres Erachtens in emanzipatorischen Zusammenhängen immer noch zu wenig mit Europa als politischem Handlungsfeld auseinandergesetzt wird und gehaltvolle Texte für die politische Meinungsbildung nur vereinzelt aufzuspüren sind - deshalb wollen wir mit einer eigenen Broschüre politischen Aktiven und linken Gruppen, aber vor allem jungen Menschen einen Zugang zu den verschiedenen politischen Feldern rund um die EU als auch zu theoretischen Grundlagen geben.

//Grundlagen der Demokratie- und Staatstheorie: Institutionengefüge der EU, Volkssouveränität und Radikaldemokratie, Gerichte als höchste Instanz politischer Entscheidungen?, Gegenhegemoniale Politiken, Staatsbürger\_innenschaft, Postkoloniale Betrachtung europäischer Identitätsbildung //Europa in Beziehungen: Europäische Entwicklungspolitik, Türkei-Beitritt, //Antimilitarismus: Waffenproduktion und gemeinsames europäisches Militär //Bildungspolitik: Berufsausbildung, Türkische Bildungspolitik, Bologna-Prozess //Sozialpolitik: Europäisches Sozialmodell?, Tarif- & Gewerkschaftspolitik, Umweltpolitische Perspektive auf Industriepolitik //Europäische Migrationspolitik: No-Border-Movements, Frontex, care-work-migration, Festung Europa //Grundrechte in Europa: Polizeizusammenarbeit & europäischer Haftbefehl, Anti-Diskriminierungsrichtlinie, Stockholmer Programm, Datenschutz & Datentransfer

Gefördert durch JFE - [www.jugendfuereuropa.de](http://www.jugendfuereuropa.de)

## JungdemokratInnen / Junge Linke

### parteunabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteunabhängig.

### außerparlamentarisch

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen - im Gegensatz zur herrschenden Ideologie - keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

### für radikale Demokratie

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

### für Emanzipation

JungdemokratInnen/ Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.



### Bildrechte



Seite 7 (oben): [wikimedia\\_ File:MDMA Synthese.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:MDMA_Synthese.svg)  
Seite 7 (unten): [wikimedia\\_ File:Ecstasy-02.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ecstasy-02.jpg)



Seite 5: flickr\_ althouse  
Seite 14: flickr\_smlions12



Seite 1: JS  
Seite 2: JS  
Seite 4: SE  
Seiten 8-9: JS  
Seite 10: JS  
Seite 11: JS

## Impressum

### JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL) Bundesverband

Greifswalder Straße 4 10405 Berlin  
Tel. 030-44024864  
[info@jdjl.org](mailto:info@jdjl.org)

### Redaktion

Dana Lüddemann (ViSdP), Konrad Macholdt, Lasse Klopstein, Nicolai von Neudeck, Stephan Wald, Felix Werdermann

**Gestaltung:** Danny Butter, Josse Straub

**Bildredaktion:** Sonja Erkens

**Druck:** Union Druck, Berlin

### Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der JD/JL bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist.

tendenz versteht sich als offenes Publikationsorgan. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht zwingend die Meinung der Redaktion wider.